

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Simon Zeise
02.11.2020

« Methoden erinnern an die Mafia »

USA verhängen Sanktionen gegen wirtschaftliche Konkurrenz. In der EU werden Pläne für Gegenmaßnahmen diskutiert.

Klaus Ernst ist wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke und Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Energie im Bundestag

Die USA haben Sanktionen gegen den Betreiber des Hafens in Sassnitz ausgesprochen, weil dieser durch die Unterstützung des Gaspipelineprojekts Nord Stream 2 die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten gefährde. Wie groß ist die Terrorgefahr, die von Sassnitz ausgeht?

Die ist gleich Null. Es geht auch um alles andere als die Gefährdung der nationalen Sicherheit der USA. Es geht ihnen nur um die Durchsetzung der eigenen wirtschaftlichen Interessen. Es ist ein ungeheuerlicher Vorgang.

Finanzminister Olaf Scholz soll der US-Regierung eine Milliarde Euro angeboten haben, wenn diese keine Sanktionen gegen Nord Stream 2 ausspricht. Ist das eine gute Investition, oder handelt es sich um Schmiergeld?

Es ist Duckmäusertum übelster Sorte – wenn es denn stimmt. Es kann nicht sein, dass wir bei Erpressungen Schutzgeld zahlen, indem wir den US-Amerikanern Terminals für ihr Frackinggas zur Verfügung stellen, das wir sowieso nicht wollen. Die Methode, die Washington hier anwendet, erinnert an die Mafia. Die US-Regierung sagt: Wir wollen euch schützen, aber wenn ihr euch nicht schützen lasst, hauen wir euch den Laden kurz und klein.

Das European Council on Foreign Relations, ECFR, hat einen Werkzeugkasten vorgelegt, wie die EU sich gegen USA, China und Russland behaupten kann. Was halten Sie von mehr Sanktionsmöglichkeiten für die EU?

Das finde ich vollkommen richtig. Ich möchte daran erinnern, dass es Die Linke war und ich als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Bundestag, die immer wieder die extraterritorialen Sanktionen der USA gegen die Betreiber und Unterstützer von Nord Stream 2 kritisiert haben.

Der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft hat beispielsweise mitgeteilt, wir halten es für unmöglich, was die USA treiben, aber wir wollen keine Gegensanktionen, weil deutsche Unternehmen in den Vereinigten Staaten tätig sind. Ähnlich haben auch das Außen- und das Wirtschaftsministerium argumentiert. Wir haben über verschiedene Optionen im Wirtschaftsausschuss diskutiert. Ich bin auch heftig dafür kritisiert worden, dass ich Altkanzler Gerhard Schröder eingeladen hatte, um mit ihm zu diskutieren, wie sich die EU

wehren könne. Das alles hat ein bisschen Bewegung gebracht. Die Vorlage des ECFR sehe ich auch als das Ergebnis dieses Prozesses.

Welche Maßnahmen empfehlen Sie?

Nord Stream 2 ist nur ein Teil der Debatte. Der nächste kann China betreffen. Die Volksrepublik wendet nicht dieselben Methoden wie die USA an, sie geht auf andere Art und Weise vor. Wenn aber der Fall eintritt, dass die USA einen Handelskrieg mit der Volksrepublik beginnen und chinesische Waren oder Personen sanktioniert werden, kann das auch die EU treffen. Länder, die sich nicht an das US-Embargo halten, könnten dann auf eine Sanktionsliste kommen. Sollte der Fall eintreten, dann ist bei uns wirklich zappenduster. Schließlich werden die meisten deutschen Autos in China verkauft.

Außerdem soll ein Instrument für »fairen Wettbewerb« entstehen, das die durch »Marktverzerrung« entstandenen Kosten für Unternehmen aus der EU bemisst. Sollen marktverzerrende Maßnahmen, also staatliche Beihilfen, geahndet werden?

Es ist schwer zu sanktionieren, dass der chinesische Staat im eigenen Land in die Wirtschaft eingreift. Die Frage ist eher, welche Bedingungen finden deutsche Unternehmen auf dem chinesischen Markt vor. Einerseits haben die deutschen Unternehmen in China hervorragend verdient. Man muss aber sagen, dass es hinsichtlich fairer Bedingungen für ausländische Partner in der Volksrepublik Nachholbedarf gibt. Andererseits treten die Chinesen mit Dumpingpreisen wie etwa beim Stahl auf dem Weltmarkt auf. Dagegen muss sich die EU etwa mit Einfuhrzöllen schützen.

In Deutschland ruft die IG Metall lauthals nach einem Einstieg des Staates in der Stahlsparte von Thyssen-Krupp. Wie würden sie diese Entscheidung gegenüber der chinesischen Regierung rechtfertigen?

Das ist eine andere Frage, denn der chinesische Staat ist bereits an der Stahlindustrie beteiligt. Der deutsche Wirtschaftsminister hat vorgeschlagen, einen staatlichen Industriefonds zu gründen, der sich auch an Unternehmen beteiligen kann. Das ist ein vollkommen richtiger Weg. Es gibt die Blöcke USA, China und EU. Weder Beijing noch Washington arbeiten mit fairen Mitteln. Da muss man schon Wege suchen, wie man sich behaupten kann. Wenn die IG Metall eine Staatsbeteiligung bei Thyssen-Krupp fordert, ist das ein Ausgleich für den unfairen Wettbewerb, den China praktiziert.

Den Plänen des ECFR zufolge soll auch eine europäische Exportbank gegründet werden, um den Zahlungsverkehr zwischen Staaten zu gewährleisten, wenn die USA mit Sanktionen drohen, wie im Falle von Iran. Die EU hat bereits Instex gegründet. Was halten Sie von den Plänen?

Instex hat nicht funktioniert. Aber die Notwendigkeit eines vom Dollar unabhängigen Zahlungsverkehrs ist offenkundig. Wenn die Vereinigten Staaten durch Zugriff auf die Konten und Transaktionen wissen, wer mit wem handelt, und ihrerseits Sanktionen verhängen, die nicht mit denjenigen abgestimmt sind, deren Geld sie abwickeln, dann ist die Notwendigkeit gegeben, ein anderes Zahlungssystem aufzubauen. Ich hoffe, dass es sehr schnell dazu kommt. Dies ist ein Schritt in Richtung Unabhängigkeit von den Vereinigten Staat